

Genug gekichert

Vor zehn Jahren leitete das Belfaster Abkommen den Friedensprozess in Nordirland ein; jetzt zieht sich Ian Paisley, der Pate des Konflikts, zurück



RALF SOTSCHECK, geb. 1954, ist der Korrespondent der *tageszeitung* in Dublin. Letzte Buchveröffentlichung: „Nichts gegen Engländer“ (2008).

Ralf Sotscheck | Seit Mai 2007 haben zwei ehemalige Erzfeinde, der radikale Protestantenfürher und Hassprediger Ian Paisley und der Ex-Stabschef der IRA in Derry, Martin McGuinness, gemeinsam die nordirische Regierung geführt. Jetzt geht Paisley. Und obwohl immer noch viel gestritten wird, war der zehnjährige Friedensprozess ein großer Erfolg: Belfast blüht auf.

Die „Kicherbrüder“, so werden sie in Nordirland genannt. Es ist noch kein Jahr her, da redeten Ian Paisley, Protestantenpfarrer und Chef der Demokratischen Unionistischen Partei (DUP), und Martin McGuinness von Sinn Féin, dem politischen Flügel der Irisch-Republikanischen Armee (IRA), kein einziges Wort miteinander. Die Verhandlungen mussten durch Mittelsmänner geführt werden, die zwischen den Büros von DUP und Sinn Féin hin- und hereilten.

Seit Mai 2007 leiten die beiden die nordirische Regierung. Nichts symbolisiert den Wandel in der britischen Krisenprovinz so sehr wie Fotos der beiden früheren Feinde, die bei offiziellen Anlässen kichernd nebeneinander auf einem Sofa sitzen. Es war kein einfacher Weg vom Belfaster Abkommen, das am Karfreitag vor zehn Jah-

ren unterzeichnet wurde, bis zu dieser Mehrparteienregierung. Paisleys DUP unterschrieb das Abkommen damals nicht, weil es Dublin ein Mitspracherecht in nordirischen Angelegenheiten einräumte. Es regelte aber vor allem die Modalitäten für eine gemeinsame Regierung der katholischen und protestantischen Parteien. Die Details blieben verschwommen, und so stritten die Beteiligten lange um die Auslegung. Der Schriftsteller John Banville bezeichnete den Vertrag als „Meisterwerk kreativer Uneindeutigkeit“. Er sei kein Abkommen zwischen zwei Staaten, sondern eine Art sehnsuchtsvolles Gedicht. In dem 69-seitigen Dokument ging es um drei Bereiche: die internen nordirischen Beziehungen, die gesamtirische Dimension und das Verhältnis zwischen London und Dublin.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Nordirland sollte zum ersten Mal seit 1974 wieder ein Regionalparlament erhalten. Das wurde nach dem Verhältniswahlrecht im Juni 1998 gewählt. Die 108 Abgeordneten sind für Finanzen, Wirtschaftsentwicklung, Gesundheit, Bildung, Umwelt, Landwirtschaft und Soziales zuständig. Sie stellen eine zwölfköpfige Mehrparteienregierung auf, die in den folgenden Jahren mehrmals suspendiert und wieder eingesetzt wurde. Um Sinn Féin zur Teilnahme zu bewegen, gab es eine Generalamnestie für politische Gefangene. Die irische Regierung ließ als Zugeständnis an die Unionisten die Verfassungsparagrafen, in denen Anspruch auf Nordirland erhoben wird, per Volksentscheid streichen.

Nach dem Abkommen kamen die ersten Investoren. Vom Friedensprozess beflügelt, erlebte Belfast einen Aufschwung, der die nordirische Hauptstadt in die Liste der „zehn aufstrebenden Städte der Welt“ des Reiseführers „Lonely Planet“ katapultiert hat. Im Zentrum sind Wohnhäuser, Einkaufszentren und Bürogebäude entstanden, Straßen, Plätze und Altbauten wurden saniert. Das ambitionierteste Projekt ist das Titanic Quarter. Hier, auf dem früheren Grundstück von Harland & Wolff, wo die Titanic vom Stapel lief, soll ein High-Tech-Park entstehen, in dem einmal 10 000 Menschen arbeiten werden. Hotels, Restaurants, ein Open-Air-Theater und ein Besucherzentrum sollen die Anlage auch für Touristen attraktiv machen. Im neuen Belfast herrscht grenzenloser Optimismus.

Das gilt auch für die Politiker. „Wer hätte sich getraut vorherzusagen“, fragte McGuinness auf dem Sinn-Féin-Parteitag im Februar, „dass

Frieden macht Spaß: Nordirlands First Minister Ian Paisley (links) und sein Stellvertreter Martin McGuinness

Ian Paisley und ich gemeinsam eine Regierung im Norden führen werden? Es nutzt allen Menschen, die hier leben, wenn dieses Abkommen funktioniert. Es hat bisher funktioniert und es wird auch weiterhin funktionieren.“ Auch ohne Paisley?

Die innige Beziehung zwischen beiden geht zu Ende. Anfang März kündigte der fast 82-jährige Pfarrer seinen Rücktritt an, beim Parteitag im Mai wird er gehen. Im Januar ist er bereits als Chef der „Freien Presbyterianischen Kirche“ abgelöst worden, die er vor 51 Jahren gegründet hatte. Es ist viel spekuliert worden, was ihn in den Ruhestand treibt. Seine Frau, sein Gesundheitszustand – oder doch die Fundamentalisten in seiner Partei, die es ihm übel nehmen, dass er sich mit Sinn Féin eingelassen hat? Für viele ist es schwer zu ertragen, dass Paisley mit einem Mann scherzt, der früher Stabschef der IRA in Derry war. Dass er seinen korrupten, verlogenen Sohn Ian Paisley jun. gegen den Widerstand der Partei in die Polizeiaufsichtsbehörde hievte, war wohl der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Zum Abschied sangen ihm aber alle Lobeshymnen. Irlands Premierminister Bertie Ahern nannte ihn einen „ehrenwerten Giganten in der irischen Geschichte“. Der britische Pre-

mier Gordon Brown meinte, Paisleys „Einsatz und sein Engagement für die Menschen in Nordirland verdienen unsere Dankbarkeit“. Browns Vorgänger Tony Blair fügte hinzu: „Paisleys Beitrag zum Frieden war entscheidend und bestimmend.“ Selbst Sinn Féin-Präsident Gerry Adams stimmte in den Chor ein: „Ich möchte den positiven Beitrag loben, den Herr Paisley in letzter Zeit geleistet hat.“

Das sind erstaunlich wohlwollende politische Nachrufe auf einen Mann, der nur zwei Mal in seinem Leben Ja gesagt hat: einmal bei seiner Hochzeit im Jahr 1956, das andere Mal im vorigen Mai, als er der Regierung unter Beteiligung von Sinn Féin zustimmte. Dazwischen lagen 50 Jahre des Hasses und der Demagogie.

Paisley war der Pate des Nordirland-Konflikts. Als die Bürgerrechtsbewegung Ende der sechziger Jahre mit ihren moderaten Forderungen nach katholischer Gleichberechtigung auf die Straße ging, warnte Paisley vor dem Untergang des Unionismus. Das wirkte. Protestantische Kommandos, unterstützt von der fast ausschließlich protestantischen

Auf dem Höhepunkt der „Troubles“ standen 15 britische Bataillone in Belfast.

Polizei, griffen Bürgerrechtsmärsche an und verwüsteten katholische Viertel. In dieser Atmosphäre begann die IRA, die damals nur noch als Veteranenklub existierte, sich zu reorganisieren. Paisley hatte die Gewaltspirale in Gang gesetzt. Auf dem Höhepunkt dieser „Troubles“, wie der Krieg euphemistisch genannt wurde, waren 15 Bataillone der britischen Armee allein in Belfast stationiert – mehr, als in den Kriegen im Irak und in Afghanistan zusammen eingesetzt wurden.

Paisley blieb ein Hindernis für eine politische Lösung. Jeder vorsichtige Reformversuch eines Unionistenführers wurde von Paisley sofort zunichte gemacht. Mit seinen aufrührerischen Reden zwang er nacheinander vier nordirische Premierminister zum Rücktritt, zuletzt David Trimble, der für seine Unterschrift unter das Belfaster Abkommen vor zehn Jahren den Friedensnobelpreis erhalten hatte.

Paisleys Agitation war die beste Werbung für die IRA, bei der die jungen Leute Schlange standen. Je stärker IRA und Sinn Féin wurden, desto stärker wurde auch Paisley, denn hatte er mit seinen Warnungen nicht Recht behalten? So war es nur eine Frage der Zeit, bis beide Parteien in ihren jeweiligen Lagern zur stärksten Kraft wurden. Bei den Unterhauswahlen 2005 war es schließlich so weit. Nun wollte Paisley selbst Premier werden. Doch dafür musste er sich mit Sinn Féin einigen, denn ein „protestantisches Land für ein protestantisches Volk“ würde es nicht mehr geben, das war auch Paisley klar. Der Pfarrer war der einzige Unionistenführer, der Sinn Féin ins Boot nehmen konnte, denn er hatte keinen Ian Paisley gegen sich.

Um Paisleys Gesicht zu wahren, formulierten die Regierungen in London und Dublin im Jahr 2006 das Belfaster Abkommen etwas um und nannten es „Abkommen von St. Andrews“, denn dort hatten die Verhandlungen stattgefunden. Es ähnelt den Abkommen der siebziger, achtziger und neunziger Jahre, die allesamt von Paisley torpediert worden waren. Diesmal, 3500 Tote später, unterschrieb er, nachdem die IRA ihre Waffen abgegeben, das Kriegsende erklärt und Unterstützung für die Polizei zugesagt hatte.

Sein Nachfolger wird wohl sein bisheriger Stellvertreter Peter Robinson werden. Der 59-Jährige hat seine Basis in der urbanen protestantischen Arbeiterklasse, während Paisley den ländlichen, religiös-fundamentalistischen Flügel vertritt. Robinson ist ein Technokrat; bei seinen künftigen Auftritten mit McGuinness wird es kein Kichern geben. „Wir werden nicht zusammen angeln gehen“, sagte er.

Robinson hat sich in der Ablehnung der verschiedenen Lösungsversuche nie von Paisley unterschieden. 1986 stürmte er aus Protest gegen eines dieser Abkommen mit 500 Unionisten ein Polizeirevier in der Republik Irland, verprügelte zwei Beamte und ließ seine Leute auf dem Dorfplatz exerzieren. Im selben Jahr trat er bei der Gründungsversammlung der terroristischen „Ulster Resistance“ in paramilitärischer Uniform auf. Er und seine Frau – beide Westminster-Abgeordnete – kamen ins Gefängnis.

Das Misstrauen sitzt noch tief auf beiden Seiten. Um es abzubauen, wollte die britische Regierung ursprünglich eine „Opferkommission“ nach Vorbild der südafrikanischen Wahrheitskommission ins Leben rufen. „Die Terroristen auf beiden Seiten müssen anerkennen, dass sie viel Leid zugefügt haben“, hieß es vor zwei Jahren. Seitdem hört man nichts mehr davon. Offenbar ist der Regierung klar geworden, dass dann auch ihre Rolle zur Sprache kommen müsste. Der Europäische Gerichtshof hat im November 2007 festgestellt, dass die Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit protestantischen Todesschwadronen weit über Informationen hinausging: Mindestens 120 Morde wurden von gemischten Teams begangen, denen Terroristen,

britische Soldaten, Geheimagenten und nordirische Polizisten angehörten. Auch bei den Bombenanschlägen 1974 in der Republik Irland mit 33 Toten hatte die britische Armee ihre Hände im Spiel. Noch sind die protestantischen paramilitärischen Organisationen bis an die Zähne bewaffnet, und die Dissidenten der „Real IRA“ haben gedroht, dass sie eine neue Offensive starten werden. Eine Rückkehr zum bewaffneten Kampf ist jedoch ausgeschlossen: Dafür fehlt die Unterstützung der Bevölkerung.

Ob die Mehrparteienregierung mittelfristig Bestand haben wird, ist nicht sicher. Sie steuert gerade auf eine Krise zu. Sinn Féin drängt darauf, die Zuständigkeiten

für Polizei und Justiz von London auf Belfast zu übertragen, doch die DUP winkte ab: Es sei

viel zu früh, um ehemaligen Terroristen Polizei und Justiz anzuvertrauen. Adams warnte, dass seine Partei im Gegenzug ein Veto gegen das neue Fußballstadion, das die DUP sich wünscht, einlegen könnte.

Diese Streitigkeiten tun dem Optimismus in Nordirland aber keinen Abbruch. Ein weiteres Zeichen für den Wandel ist der Besuch der Queen. Sie verteilte am Gründonnerstag in Belfast das „Maundy Money“ an Bedürftige: Jeder Beschenkte erhielt den Betrag, der den Lebensjahren der Monarchin in Pence entspricht – ein Relikt aus dem 13. Jahrhundert. Es ist das erste Mal, dass Königin Elisabeth ihren Besuch in Nordirland vorher angekündigt hat. Bisher hatte man von ihren Stippvisiten erst erfahren, wenn sie schon wieder weg war.

Mindestens 120 Morde wurden von gemischten Teams aus Protestanten und staatlichen Stellen begangen.